

# Abstiegsängste in Wohlstandslagen

*Klaus Kraemer*

In jüngerer Zeit mehren sich empirische Befunde, dass Abstiegsängste signifikant zugenommen haben und weit in mittlere, traditionell sozial abgesicherte Wohlstandslagen diffundieren (Böhnke 2005; Blossfeld et al. 2005; Neugebauer 2007; Erlinghagen 2008; Burzan 2008; Castel/Dörre 2009; Lengfeld/Hirschle in diesem Band). Dieser Anstieg subjektiver Abstiegsängste schlägt sich allerdings bislang nicht in einer quantitativ vergleichbaren, objektiv messbaren Zunahme von Abstiegsmobilität nieder. Empirisch kann gut belegt werden, dass in den letzten Jahrzehnten intergenerationale Aufstiegsmobilität in allen europäischen Gesellschaften sehr viel stärker ausgeprägt gewesen ist als Abstiegsmobilität. Zugleich haben jedoch in der Generationenfolge Abstiege gegenüber Aufstiegen zugenommen, auch wenn das Ausmaß sowie insbesondere die Fallhöhe von Abstiegen noch wenig erforscht sind. Seit Mitte der 1970er Jahre kann eine Zunahme von Abwärtsmobilität im Vergleich zu den Berufspositionen der Väter beobachtet werden (Breen/Luijkx 2004; Breen 2004; Groß 2008: 117ff.). Belief sich beispielsweise in Westdeutschland die intergenerationale Abwärtsmobilitätsrate von Männern im Zeitraum von 1976 bis 1980 bei 12%, ist sie im Zeitraum von 2001 bis 2004 auf 16% angestiegen. Da die Aufwärtsmobilitätsrate seit drei Jahrzehnten bei circa 30% stagniert, ist das Verhältnis zwischen Auf- und Abstiegen von Männern inzwischen von 2,4 auf 1,9 gesunken (Statistisches Bundesamt 2006: 602ff.). Im Vergleich zu anderen europäischen Gesellschaften sind jedoch bislang relativ wenige Abstiege von Männern gegenüber der Berufsposition ihrer Väter zu verzeichnen (Breen/Luijkx 2004). Seit den 1970er Jahren kann aber auch eine deutliche Zunahme der Aufstiege von Frauen gegenüber den beruflichen Positionen ihrer Väter nachgewiesen werden. So stieg in Westdeutschland die intergenerationale Aufstiegsrate von Frauen von 18% (1976-1980) auf 30% (2001-2004), während im gleichen Zeitraum die Abstiegsrate von 23% auf 16% zurückging. Im Zeitraum von 2000 bis 2002 überwiegen unter ostdeutschen Männern intergenerationale Abstiege (20%) gegenüber Aufstiegen (18%), während sich die Raten für Auf- (19%) und Abstiege (18%) unter Frauen im gleichen Zeitraum die Waage halten. Im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren ist das Ausmaß der Abstiege von Frauen gegenüber den Berufspositionen der Väter weitgehend konstant geblieben (Statistisches Bundesamt 2006: 603f.).

Bei der Frage, inwieweit sich die in Wohlfahrtslagen artikulierten Abstiegsängste in objektiven Mobilitätsraten ausdrücken, sind folgende Aspekte zu berücksichtigen. Ein Großteil der Abstiegsprozesse vollzieht sich schleichend in kleineren beruflichen und sozioökonomischen Etappen und kaum abrupt im Sinne eines direkten „Durchfallens“ von oberen oder mittleren Lagen nach unten. Hier von sind lediglich Abstiegsprozesse auszunehmen, die etwa durch ökonomische oder politisch-institutionelle Strukturbrüche hervorgerufen werden. So weichen beispielsweise die Mobilitätsmuster in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre von denen in Westdeutschland deutlich ab. Zwischen 1990 und 1994 sind besonders häufig intragenerationale Abstiege aus einstigen Leitungspositionen (70%) und aus hochqualifizierten Angestelltengruppen (42%) zu verzeichnen (Diewald/Solga 1997: 256). Wenn man von derartigen Konstellationen absieht, dann fällt auf, dass sich typischerweise die klassischen Arbeitsmarktrisiken gerade nicht in mittleren sozialen Lagen konzentrieren. Arbeitslosigkeit ist unter Erwerbspersonen mit qualifizierten Bildungs- oder Berufsabschlüssen eindeutig unterdurchschnittlich anzutreffen (Allmendinger et al. 2005: 236ff.). Dies betrifft sowohl die Dauer als auch die Häufigkeit der Arbeitslosigkeitsperioden im Erwerbsverlauf. Auch sind die Risiken, dauerhaft in Armutslagen abzurutschen, deutlich geringer ausgeprägt als unter Arbeiterfamilien mit geringen Bildungsabschlüssen sowie Migrantenfamilien (Groh-Samberg 2004, 2009). Hinzu kommt, dass die Einkommens- und Vermögenssituation in mittleren beruflichen Positionen (Frick/Grabka 2009a, 2009b), auch unter Berücksichtigung der Renten- und Pensionsanwartschaften (Frick/Grabka 2010), günstiger zu beurteilen sind als in unteren Positionen der Berufsstruktur.

Ähnlich verhält es sich beim Zugang zu höheren Bildungszertifikaten. Zahlreiche empirische Befunde der Bildungssoziologie verdeutlichen, dass die bildungsorientierten Mittelklassen bei der Sicherung und Behauptung ihres relativen Bildungsstatus auch weiterhin erfolgreich sind. Die – inzwischen stagnierende – Öffnung des Bildungssystems (Bildungsexpansion) hat wenig an der ausgeprägten Persistenz von sozialen Bildungsungleichheiten geändert. Zwar ist ein langfristiger Rückgang der sozialen Selektivität in frühen Bildungsetappen (bis zum Abitur) empirisch nachgewiesen. Zugleich kann aber eine Zunahme der sozialen Selektivität in späteren Bildungsetappen (nach dem Abitur) beobachtet werden (Müller 1998; Müller/Pollack 2008; Becker 2009). Dadurch werden die Bildungsabstände zwischen mittleren und unteren Lagen konserviert und zuweilen sogar wieder größer. Studien zur intergenerationalen Transmission von kulturellem Kapital in familiären Kontexten (Büchner/Brake 2006), zur Schließung sozialer Kreise durch bildungshomogame Partner- und Heiratsbeziehungen (Wirth/Lüttinger 1998; Blossfeld/Timm 2003; Appelt/Reiterer 2009) sowie zur sozialen Vererbung von Bildungsarmut in unteren Bildungsgruppen und zur weit

vorangeschrittenen sozialstrukturellen Entmischung der unteren Bildungsgänge (Hauptschule) (Solga/Wagner 2008) lassen zudem vermuten, dass Bildungsabstiege im Generationenverlauf nach unten begrenzt sind. Außerdem können intergenerationale Bildungsabstiege durch die familiäre Weitergabe von kulturellem Kapital leichter gestoppt und wieder umgekehrt werden. So haben Fuchs und Sixt (2007) aufgezeigt, dass Kinder von Bildungsabsteigern häufiger eine Hochschulreife als Kinder von Familien erreichen, die schon länger auf einem niedrigeren Bildungsniveau verharren. Absteigende Eltern sind nämlich durch ihre Herkunftsfamilie geprägt und nehmen einen Teil des ökonomischen und (inkorporierten) kulturellen Kapitals ihrer Eltern auf das niedrigere Bildungsniveau mit, das ihren Kindern leichter sozial „vererbt“ werden kann.

In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, wie die keineswegs konsistenten, sondern eher widersprüchlichen und zum Teil paradox anmutenden Befunde zur objektiven Lage einerseits und zur subjektiven Selbstverortung in der „Mitte der Gesellschaft“ andererseits erklärt werden können. Werden in der „Mitte“ vermehrt Abstiegsängste artikuliert, ohne dass eine proportionale Zunahme von Abstiegsrisiken „objektiv“ nachweisbar ist? Handelt es sich um Abstiegsängste auf „hohem Niveau“? Oder schimmern hinter den Abstiegsängsten grundlegende soziale und gesellschaftliche Transformationen auf, die die Bildungs- und Erwerbschancen der Mittelklassen in einem negativen Sinne beeinflussen? Im Folgenden werden theoretische Überlegungen und empirische Befunde der neueren Prekarisierungsforschung gesichtet, um diese Fragen etwas genauer aufzuhellen. In einem *ersten* Schritt ist zunächst zu klären, was unter sozialen Abstiegsängsten zu verstehen ist und worauf sie sich beziehen. Sodann wird *zweitens* zwischen intra- und intergenerationalen Abstiegsängsten unterschieden. Hierauf aufbauend wird *drittens* auf die Kategorie des „sozialen Nachbarn“ als Referenzebene für die soziologische Analyse von Abstiegsängsten zurückgegriffen. *Viertens* wird begründet, warum die kulturalistische Ungleichheitsforschung über keinen konzeptionellen Rahmen verfügt, um Abstiegsängste als zeitdiagnostisch bedeutsames soziales Phänomen soziologisch zu beobachten. Hierbei ist zu zeigen, dass die Ausbreitung sozialer Abstiegsängste mit dem begrifflichen Instrumentarium individualisierungstheoretischer und kulturalistischer Erklärungsansätze nur unzureichend analysiert werden kann, weil der Wandel von Erwerbs- und Marktchancen für die Strukturierung des Sozialen ausgeblendet wird. Unter Rückgriff auf die klassische These Max Webers wird expliziert, dass in Zeiten technisch-ökonomischer Umbrüche marktvermittelte Erwerbslagen gegenüber quasi-ständischen Lagen bzw. Lebensstilen und Milieus (wieder) an Bedeutung für soziale Stratifizierungsprozesse gewinnen. Abschließend wird *fünftens* der gesellschaftliche und soziopolitische Horizont aufgehellert, vor dem Abstiegsängste in mittleren Wohlstandslagen gedeihen können. Der

Blick wird insbesondere auf die Veränderungen im Beschäftigungs- und Wohlfahrtssystem gerichtet, die einen Resonanzboden für Abstiegssängste schaffen.

## 1 Aufstiegshoffnungen und Abstiegssängste

Abstiegssängste sind in gegenwärtigen Gesellschaften allerorten anzutreffen. Hieraus kann jedoch nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, dass Abstiegssängste in allen Gesellschaften zu allen Zeiten artikuliert werden. Abstiegssängste gedeihen in Gesellschaften, in denen zugleich Aufstiegshoffnungen verbreitet sind. Abstiegssängste sind ohne Aufstiegshoffnungen kaum denkbar. Beide Wahrnehmungsmuster sind gleichwohl nicht in gleicher Weise anzutreffen. Denkbar ist nämlich, dass Abstiegssängste oder Aufstiegshoffnungen überwiegen. Entscheidend ist, dass beide Wahrnehmungsmuster auf dasselbe soziale Phänomen bezogen sind. Aufstiegshoffnungen und Abstiegssängste sind in Gesellschaften verbreitet, in denen die soziale Lebenslage eines Individuums, einer Gruppe oder Klasse nicht durch geburtsständische oder andere soziale Privilegien oder Benachteiligungen dauerhaft festgeschrieben ist. Genauer betrachtet ist die Lebenslage nicht durch Geburt, soziale bzw. ethnische Herkunft, Geschlecht oder Wohnort ein für alle Mal zementiert, sondern sie kann sich wandeln. Sie kann sich verschlechtern oder verbessern. Ohne ein bestimmtes Maß an Durchlässigkeit der sozialen Kreise können sich Aufstiegshoffnungen und Abstiegssängste nicht ausbilden. Derartige Wahrnehmungsmuster entfalten sich nicht, wenn soziale Gruppen nach geburtsständischen Prinzipien rigoros abgeschottet sind.

Außeralltägliche Ereignisse wie Kriege, Revolutionen oder Wirtschaftskrisen, aber auch lang anhaltende Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesse sowie ökonomische Prosperitätsphasen wirken sich auf die allgemeinen Lebenschancen und die Strukturen sozialer Ungleichheit aus. Für die hier verfolgte Fragestellung ist bedeutsam, dass nicht alle sozialen Gruppen in gleicher Weise von derartigen Ereignissen oder Prozessen sozioökonomisch betroffen sind oder hiervon profitieren. Stets können Gewinner- und Verlierergruppen rasanter politischer Umbrüche oder schleichender ökonomischer Transformationen identifiziert werden. Der durch derartige Umbrüche erzwungene Wandel von Lebenschancen ist allerdings nur eine notwendige, keineswegs aber hinreichende Bedingung, um das Vorhandensein von Abstiegssängsten bzw. Aufstiegshoffnungen erklären zu können. Zugleich müssen die allgemeinen Lebenschancen nicht nur punktuell, sondern strukturell und dauerhaft veränderbar sein. Zudem breiten sich Abstiegssängste bzw. Aufstiegshoffnungen nur dann aus, wenn neben dem objektiven Tatbestand veränderter Lebenschancen zugleich spezifische Erwartungen gedeihen, dass sich die Lebenschancen eines Individuums, einer Gruppe

oder Klasse in Relation zu den Lebenschancen anderer Individuen, Gruppen oder Klassen auch tatsächlich verbessern oder verschlechtern können. Es reicht also die schiere Möglichkeit nicht aus, dass sich Lebenschancen durch einen sozialen Wandel verändern können, damit aufstiegs- und abstiegsorientierte Dispositionen aufkommen. Entscheidend ist vielmehr, dass beispielsweise Aufstiegshoffnungen nur diffundieren, wenn soziale Glaubensvorstellungen existieren, dass die eigene soziale Lage durch nachgewiesene Befähigungen oder erbrachte Leistungen verbessert werden kann. Derartige Glaubensvorstellungen werden nur dann sozial wirksam, wenn sie durch spezifische normative Erwartungen wie Gerechtigkeitskonstrukte („Leistungsgerechtigkeit“) oder Gleichheitsideale („Chancengleichheit“) stabilisiert werden. Der Glaube an einen meritokratischen, herkunftsunabhängigen Zugang zu begehrten Ressourcen (Geld, Eigentumsrechte) und Positionen (Titel, Stellen) (Kreckel 2004: 52ff.) ist in westlichen Gesellschaften konstitutiv für die Existenz von Aufstiegshoffnungen und Abstiegsängsten. Es kommt also nicht nur darauf an, ob objektive Chancen bestehen, aufzusteigen und diese die Lebensverläufe vieler Individuen auch nachhaltig prägen bzw. objektive Risiken vorhanden sind, (wieder) abzustiegen. Mindestens ebenso grundlegend ist der soziale Glaube, dass Aufstiege durch spezifische Leistungen und Abstiege durch die Nichterbringung dieser Leistungen möglich sind.

Worauf beziehen sich aufstiegs- und abstiegsbezogene Dispositionen? Beide Dispositionen beziehen sich auf spezifische Erwartungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem. Sie sind auf den Erwerb höherer Bildungstitel und den Zugang zu lukrativen beruflichen Positionen bezogen bzw. auf das Scheitern in Schule, Studium, beruflicher Ausbildung und Beruf.<sup>1</sup> Gewissermaßen repräsentiert das moderne Bildungs- und Beschäftigungssystem mit seinen Bildungslaufbahnen und Karrierepfaden den meritokratischen Glauben in institutionalisierter Form (vgl. Goldthorpe 1996; Solga 2005; Hadjar 2008; Becker/Hadjar 2009). Aufstiegshoffnungen erfüllen sich dann, wenn der schulische oder berufliche Erfolg in eine gegenüber der Ausgangslage höhere Statusposition einmündet. Aufstiegsbezogene Dispositionen können aber auch enttäuscht werden. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn z.B. aufgrund von arbeitsmarktbedingten Sättigungseffekten sich die im Bildungssystem erworbenen höheren Bildungszertifikate beim Übergang in das Beschäftigungssystem nicht in bessere Erwerbchancen und beruflichen Erfolg ummünzen lassen. Schließlich können Aufstiegshoffnungen sich sukzessive in Abstiegsängste verkehren, wenn prekäre Episoden im Erwerbsverlauf (Kraemer 2008) gehäuft auftreten und ausbildungsinadäquate Beschäftigung (Büchel/Weisshuhn 1997) zur Normalität wird.

---

1 Von Aufstiegsmobilität ist Anpassungsmobilität zu unterscheiden. Anpassungsmobilität ist eine Folge des sektoralen und berufsstrukturellen Wandels (Wandel von Qualifikationsanforderungen). Gleichwohl kann objektive Anpassungsmobilität subjektiv als sozialer Aufstieg erlebt werden.

Aufstiegsambitionen sind stets ungewiss. Sie können scheitern und müssen zuweilen preisgegeben werden, um zumindest die bislang eingenommene Statusposition zu behaupten. Die Aufstiegsorientierten sind aber auch vor sozialen Abstiegen nicht gefeit. Allein schon deswegen können Aufstieghoffnungen nicht ohne Abstiegsängste analysiert werden. Im Nacken der Aufstieghoffnungen steht stets die Sorge des sozialen Scheiterns. Spätestens wenn Aufstieghoffnungen enttäuscht werden oder sogar Statusverluste zu befürchten sind, wird evident, wie rasch Abstiege möglich werden können. Allein schon aus diesem Grunde stehen Aufsteiger und Statusverteidiger in einem spezifischen Verhältnis zu den Abstiegsgefährdeten und Absteigern. Latent sind sie in Sorge, die aktuelle Statusposition nicht zu behaupten und in den Sog des Abstiegs zu geraten, wenn Aufstiegsbestrebungen scheitern und die erhofften Erfolge im Bildungs- oder Beschäftigungssystem ausbleiben. Gewissermaßen halten die Abgestiegenen den Aufstiegswilligen vor Augen, was zu erwarten ist, wenn nicht nur der Aufstieg, sondern auch der Stuserhalt scheitert. Vor diesem Hintergrund entwickeln Aufsteiger und Statusbehaupter ein ambivalentes Verhältnis zu Absteigern und selbst zu den Exkludierten (Kronauer 2002). Die Hoffnungen der Aufstiegswilligen werden nicht selten von einer diffusen „Angst vor Kontaminierung und Schwächung“ durch die Ausgeschlossenen begleitet. Die „Ansteckungsängste“ der Mittelklasse beeinflussen die Wahl des Wohnquartiers und Kindergartens, der Schule, des Sportvereins und der Freizeitaktivitäten. Das Streben nach Abstand, Differenz und Individualität mündet nicht selten in rigorose Abschottungspraktiken ein, die Züge einer klassenkulturellen „Parallelgesellschaft“ tragen (alle Zitate Bude 2008: 113ff.) und sozialräumliche Segregationsprozesse verfestigen (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004).

Aufstieghoffnungen müssen nicht in allen Gruppen oder Klassen vorhanden sein, um gesellschaftlich wirkungsmächtig zu sein. So bilden Personen in sozialen Exklusionslagen, die dauerhaft staatliche Fürsorgeleistungen beziehen, oftmals keine Aufstiegsaspirationen aus. Fatalistische Orientierungen treten verstärkt auf, wenn die Betroffenen frühzeitig im Schulsystem scheitern, ausbildungslos bleiben, in dauerhafter Arbeitslosigkeit verharren und temporäre Erwerbsgelegenheiten in der Schattenwirtschaft wahrnehmen, ohne dass sie Chancen auf eine dauerhafte legale Beschäftigung haben, die zur selbständigen Bestreitung des Lebensunterhalts ausreichen würde (Kronauer 2002; Bude 2008; Bude/Willisch 2008). Kurzum, die kulturellen Dispositionen der unteren Klassen sind diametral dem Leistungsethos der aufstiegsgläubigen, auf Arbeit und Bildung orientierten Mittelklassen entgegen gesetzt (vgl. bereits Miller 1958). An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass soziale Perspektivlosigkeit allerdings nicht nur in sozialen Exklusionslagen anzutreffen ist. Wie neuere Befunde der Prekarisierungsforschung zeigen, ist soziale Perspektivlosigkeit auch unter legal

Beschäftigten anzutreffen, die aus stabilen Arbeitsverhältnissen herausgefallen und auf unetworfene prekäre Erwerbsstellen dauerhaft angewiesen sind. Diese prekär Beschäftigten, die in unserer Prekarisierungsstudie (vgl. Dörre/Kraemer/Speidel 2006) als „Resignierte“ typologisiert worden sind, haben die Hoffnung längst aufgegeben, im weiteren Erwerbsverlauf wieder eine stabile Erwerbsteile einzunehmen. Gegenüber anderen prekär Beschäftigten, die in der genannten Studie dem Typus der „Hoffenden“ zugeordnet worden sind, weil diese die aktuelle unsichere Beschäftigungslage als Bewährungsprobe mit Rückkehrproption in stabile Beschäftigung ansehen, richtet sich der Typus der „Resignierten“ in prekären Verhältnissen ein. Sie wollen nur noch „durchkommen“ und haben längst die Hoffnung preisgegeben, im Alter von Rentenansprüchen leben zu können, die eine bescheidene, aber armutsfeste Existenz ermöglichen. Aufgrund wiederholter Enttäuschungen, keine dauerhafte Verwendung mehr in der Arbeitswelt zu finden und mit gering entlohnerten Jobs abgespeist zu werden, fristen sie ein Leben in permanenter Unsicherheit. Die „Resignierten“ sind vom Glauben an Aufstieg durch Bildungsbeteiligung und (legale) Erwerbsarbeit abgefallen. Obwohl sie formal in das Beschäftigungssystem integriert sind, bilden sie unter diesen prekären Bedingungen fatalistische Dispositionen aus, die durchaus an die der Exkludierten erinnern.

Diese empirischen Hinweise deuten darauf hin, dass weder die tatsächliche Chance des Aufstiegs noch der Aufstiegs Glaube gesellschaftsweit in allen Gruppen oder Klassenlagen vorhanden sein muss. Ganz im Gegenteil ist vielmehr festzustellen, dass der meritokratische Glaube, individuell erbrachte Leistungen würden im Bildungs- und Beschäftigungssystem mit sozialem Aufstieg belohnt, auch dann in bestimmten sozialen Kreisen gedeiht, wenn er sich für andere Kreise als *illusio* (Bourdieu et al. 1981) entpuppen sollte. Auch sollten Ausmaß und Dauerhaftigkeit der sozialen Aufstiegsmobilität nicht überschätzt werden. Bei einer Gesamtbetrachtung von Auf- und Abstiegen in Deutschland im Zeitraum zwischen 1976 und 2004 zeigt sich beispielsweise – mit Ausnahme der westdeutschen Frauen – sogar ein genereller Trend zu weniger Aufwärtsmobilität (Statistisches Bundesamt 2006: 602ff.). Auch sind die Aufstiegschancen aus dem Niedriglohnsektor des deutschen Arbeitsmarktes im ersten Jahr gering (25,4% im Zeitraum 1995-2001) und die Verbleibsquote von Geringverdienerten, die 1996 im Niedriglohnsektor vollzeitbeschäftigt waren, liegt nach fünf Jahren noch bei 49,3% (European Commission 2004: 167ff.; Allmendinger et al. 2005: 109ff.). In Deutschland ist die Aufwärtsmobilität von Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsegment sogar rückläufig und der Verbleib von Vollzeitbeschäftigten im Zeitverlauf angestiegen (Rhein/Gartner/Krug 2005; Schank/Schnabel/Stephani 2009). Im europäischen Vergleich ist die Wahrscheinlichkeit, von einem gering bezahlten Job in eine höher entlohnte Beschäftigung zu wechseln, sogar in

Deutschland am geringsten (European Commission 2004: 171, Table 55; Allmendinger et al. 2005: 120f.). Obendrein ist die Reichweite von Aufwärtsmobilität begrenzt (Groh-Samberg 2004; 2009), wobei die Mobilitätsrate sinkt, je weiter man in der Klassenstruktur aufsteigt (Rössel 2005: 33ff.).

Zudem müssen Bildungsaufstiege keineswegs zwangsläufig in soziale Aufstiege einmünden. Wie die Bildungsforschung nachweisen konnte, stellen höhere Bildungsabschlüsse zwar eine immer notwendigere Bedingung für stabile Erwerbschancen und lukrative berufliche Statuspositionen dar. Gleichwohl haben höhere Bildungsabschlüsse ihre vormalige Garantiefunktion beim Zugang zu attraktiven Stellen im Beschäftigungssystem eingebüßt. Zuweilen entpuppt sich der Bildungsaufstieg in der Generationenabfolge als zwingend notwendig, um soziale Abstiege zu vermeiden und vergleichbare Einkommens- und Statuschancen der Elterngeneration zu erhalten (vgl. Müller 1998; Geißler 2006: 273ff.; Becker/Lauterbach 2008; Hadjar/Becker 2009). So betrachtet sind Bildungsaufstiege eher Ausdruck des ökonomischen, technologischen und sektoralen Wandels sowie der daraus resultierenden veränderten Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt (neue Dienstleistungsberufe, Professionalisierung von Berufsbildern etc.) als soziale Aufstiege, die einen Statuswechsel signalisieren.

Meritokratische Glaubensvorstellungen können sich nicht ausbreiten, wenn überhaupt keine Institutionen und Pfade des sozialen Aufstiegs vorhanden sind. In modernen Gesellschaften bilden Bildungssysteme und Arbeitsmärkte das institutionelle Fundament für meritokratische Glaubensvorstellungen. An dieser Stelle ist allerdings darauf hinzuweisen, dass empirisch kaum bestimmt werden kann, wie offen Bildungssysteme und Arbeitsmärkte bzw. wie durchlässig soziale Kreise oder Klassenlagen tatsächlich sein müssen, damit meritokratische Glaubensvorstellungen kulturell wirksam werden. Erst recht können keine Schwellenwerte angegeben werden, wann Aufstiegshoffnungen aufkeimen bzw. enttäuscht werden. Entscheidend ist vielmehr, ob sozialer Aufstieg prinzipiell möglich ist, nicht jedoch, ob Aufstiege häufig anzutreffen sind, wie weit sie nach „oben“ führen und ob sie nachhaltig wirken.

Auf einen weiteren Aspekt ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen. Das Verhältnis von (objektiven) Aufstiegschancen und (subjektivem) Aufstiegs glauben entzieht sich einer kausal-linearen Bestimmung. Zum einen eröffnen sich zuweilen Aufstiegschancen erst dann, wenn Aufstiegshoffnungen bereits artikuliert werden. Zum anderen kann der Glaube, aufsteigen zu können, durchaus ausgeprägter sein, als die tatsächlich vorgefundenen Chancen, aufsteigen zu können, wenn bestimmte institutionalisierte Erwartungen im Bildungs- oder Beschäftigungssystem („Leistung“) erfüllt werden. Und ohne entsprechende Glaubensvorstellungen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass vorhandene Aufstiegs pfade ungenutzt bleiben. Aufstiegsbezogene Glaubensvorstellungen können – in ei-



nem performativen Sinne – soziale Aufstiegsmobilität stimulieren. Zugleich legitimieren sie aber auch die Persistenz ungleicher herkunftsabhängiger Lebenschancen (Solga 2005) und zementieren damit den Status quo. Im Folgenden sind soziale Abstiegsängste genauer in den Blick zu nehmen.

## 2 Intra- und intergenerationale Abstiegsängste

Abstiegsängste beziehen sich auf unterschiedliche soziale Phänomene: Ganz gleich, ob sich die Betroffenen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes sorgen, Einkommenseinbußen hinzunehmen haben, sich von wohl erworbenen Senioritätsregeln im Erwerbsverlauf verabschieden (Diewald/Sill 2004) oder anderweitige Abstriche in Kauf nehmen müssen, stets wird die Befürchtung artikuliert, dass das einmal erreichte oder sogar kontinuierlich angestiegene Wohlstandsniveau nicht mehr zu halten ist. Bedrohliche Ausmaße können derartige, im Regelfall auf die Zukunft projizierte Abstiegsängste annehmen, wenn selbst verstärkte individuelle Anstrengungen im Bildungs- oder Beschäftigungssystem als aussichtslos angesehen werden, um dem drohenden Abstieg entgegen zu wirken. In analytischer Hinsicht können intra- von intergenerationalen Abstiegsängsten unterschieden werden.

Intragenerationale Abstiegsängste beziehen sich auf die Erwartung diskontinuierlicher oder schwindender Erwerbs- und Einkommenschancen im Lebensverlauf. Diese Erwartung muss keineswegs dauerhaft sein; sie kann transitorisch auftreten und sich in bestimmten biografischen Passagen ebenso schnell verflüchtigen wie sie aufgekommen ist. In diesem Falle sind intragenerationale Abstiegsängste auf einzelne krisenhafte Episoden im Lebensverlauf bezogen. Sie verblassen immer dann, wenn temporale Statusunbestimmtheiten oder prekäre berufliche Übergänge erfolgreich bewältigt werden, Brüche im Erwerbsverlauf überwunden und eine stabile Position im Beschäftigungssystem (wieder) eingenommen wird, die den eigenen Aspirationen entspricht. Intragenerationale Abstiegsängste können jedoch auch ihren transitorischen Charakter abstreifen und sich dauerhaft einnisten, wenn ganze Lebensplanungen revidiert und berufliche Aspirationen ein für alle Mal aufgegeben werden müssen. Im eigentlichen Sinne kann dann nicht mehr von Abstiegsängsten gesprochen werden. Abstiegsängste werden zu Abstiegserfahrungen, die in Abstiegskarrieren einmünden. Von einer Kumulation intragenerationaler Abstiegsängste kann dann gesprochen werden, wenn beruflich-soziale Verunsicherungen in temporären Lebensphasen auf den gesamten Lebensverlauf (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Nacherwerbsphase) projiziert werden und unterschiedliche Dimensionen der Lebenslage erfassen. Die

optionale Sorge, absteigen zu können, ist dann zur faktischen Gewissheit geworden, abgestiegen zu sein.

Von intragenerationalen Abstiegsängsten können intergenerationale Abstiegsängste unterschieden werden. Wie gesehen können Erstere auf veränderte Markt- und Erwerbchancen im Beschäftigungssystem zurückgeführt werden. Im Gegensatz dazu beziehen sich Letztere nicht auf einzelne prekäre Stationen im Lebensverlauf oder auf lebensphasenbezogene beruflich-soziale Verunsicherungen, sondern auf die Erwartung, dass im Generationenverlauf Bildungs-, Erwerbs- oder Einkommenschancen schwinden und die eigenen Kinder gegenüber der (aufgestiegenen) Elterngeneration wieder absteigen können, wenn nicht verstärkte Anstrengungen im Bildungssystem unternommen werden (zur Nachhaltigkeit von Bildungsaufstiegen vgl. Fuchs/Sixt 2007). Mit Bourdieu können intergenerationale Abstiegsängste als gestörte Transmission von institutionalisiertem Bildungskapital in ökonomisches Kapital im Generationenverlauf beschrieben werden. Gestört ist diese Transmission dann, wenn der Kinder- oder Enkelgeneration die Möglichkeit versperrt bleibt, das sozial „vererbte“ Bildungskapital erfolgreich in Marktchancen zu konvertieren. Die erfolglose Transmission von Bildungskapital in ökonomisches Kapital ist insofern brisant, da insbesondere in Mittelklassenlagen nicht ökonomisches Kapital, etwa in Form von Eigentumsrechten oder Vermögenswerten, sondern Bildungskapital die Leitwährung des Stuserhalts und Statusaufstiegs darstellt. Intergenerationaler Stuserhalt ist typischerweise in mittleren Soziallagen nur durch die Aneignung und Transmission von Bildungskapital möglich. Misslingt die Aneignung in der Generationsabfolge (Bildungsabsteiger) oder kann die nachwachsende Generation das sozial „vererbte“ Bildungskapital nicht (mehr) durch berufliche Karrieren veredeln, dann ist die für mittlere soziale Lagen charakteristische Zukunftserwartung zur Disposition gestellt.

### **3 Der soziale Nachbar als Referenzkategorie für Abstiegsängste**

Im vorangegangenen Abschnitt wurden Abstiegsängste beschrieben und im Hinblick darauf unterschieden, ob sie sich auf den Lebensverlauf (*intragenerational*) oder die Generationenabfolge (*intergenerational*) beziehen. Ein weiterer Gesichtspunkt ist hinzuzufügen, um die soziopolitische Brisanz von Abstiegsängsten genauer abschätzen zu können. Im Folgenden ist zu problematisieren, worauf Abstiegsängste eigentlich Bezug nehmen. Oftmals wird eine sozialstrukturell-objektivistische Erklärung von Abstiegsängsten nahe gelegt. Demzufolge könnte man annehmen, dass Abstiegsängste immer dann aufkommen, wenn die aktuelle Erwerbs- oder Wohlfahrtslage prekär wird oder die Konvertierung von sozial

vererbtem Bildungskapital in bildungsadäquate Arbeitsmarktchancen misslingt. Die Schwierigkeit besteht gleichwohl darin, Schwellenwerte für die Ausbildung von Abstiegsängsten anzugeben: Wie prekär muss eine Erwerbsstelle sein, damit Abstiegsängste aufkommen? Wie stark muss akkumuliertes Bildungskapital im Beschäftigungssystem entwertet werden? Anders gefragt: Wie weit muss sich eine Erwerbsbiografie nach „unten“ neigen und wann wirkt sich die mangelnde Verwertbarkeit von Bildungszertifikaten negativ auf den Stuserhalt aus? Die Probleme bei einer genaueren Bestimmung von Abstiegsängsten haben damit zu tun, dass es sich hierbei nicht um ein eindeutig objektivierbares Phänomen handelt, sondern darum, dass Akteure eine bestimmte soziale Konstellation als Gefährdung ihrer sozioökonomischen Statusposition *bewerten* und hieraus negative Zukunftserwartungen über Lebenschancen für sich selbst und die eigenen Kinder ableiten. Es liegt auf der Hand, dass bereits die Wahrnehmung und Bewertung der aktuellen sozioökonomischen Lage je nach individuellen Dispositionen, Milieuzugehörigkeit, Wohlstands- und Aspirationsniveau sehr unterschiedlich ausfallen können. Allemal sind Abstiegsängste keine kausale Folge einer negativen Abweichung vom Einkommensmedian oder anderen sozialstrukturellen Durchschnittswerten. Abstiegsängste können aufkommen, ohne dass die soziale Lage akut gefährdet ist. Und umgekehrt kann die Sorge vor einem Abstieg ausbleiben, obwohl die Lage objektiv bereits prekär wird.<sup>2</sup>

Eine soziologische Analyse von Abstiegsängsten würde zu kurz greifen, wenn sie lediglich auf ein objektiv messbares, erhöhtes Risiko von Wohlstandsverlusten, gemessen an gesellschaftsweiten Durchschnittswerten, Bezug nimmt. Abstiegsängste orientieren sich nämlich nicht zuvorderst an diesen Durchschnittswerten, sondern an den Wohlstandschancen des „sozialen Nachbarn“. Schon Georg Simmel hat in der klassischen Abhandlung *Der Arme* (1992: 512ff.) aufgezeigt, dass sich die Klassifikation der eigenen sozialen Lage als „arm“ nicht an statistischen Durchschnittsdaten oder objektivierbaren Chancenverteilungen orientiert, sondern an schichtspezifischen Erwartungshorizonten, also an dem, was in einem Milieu bzw. in einer Soziallage als normal und angemessen angesehen wird:

„Jedes allgemeine Milieu und jede besondere soziale Schicht besitzt typische Bedürfnisse, denen nicht genügen zu können Armut bedeutet. Daher ist es für alle entwickeltere Kultur banale Tatsache, dass Personen, die innerhalb ihrer Klasse arm sind, es innerhalb einer tieferen keineswegs wären, weil zu den für die letztere typischen Zwecken ihre Mittel zulangen würden. Dabei mag der, absolut genommen, Ärmste unter der Diskrepanz seiner Mittel zu seinen klassenmäßigen Bedürfnissen nicht leiden, so dass gar keine Armut im psychologischen Sinne be-

---

2 Bude/Lantermann (2006) haben auf ähnliche Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Verhältnisses von Exklusionslagen und Exklusionsempfinden hingewiesen. Zur Diskrepanz von objektiver und „gefühlter Prekarisierung“ vgl. Kraemer (2008).

steht; oder der Reichste mag sich Zwecke setzen, die über jene klassenmäßig vorausgesetzten Wünsche und über seine Mittel hinausgehen, so dass er sich im psychologischen Sinne als arm empfindet. (...) Es ist im Übrigen ein sehr bezeichnender sozialgeschichtlicher Unterschied, welches Maß von Stand zu Stand wechselt.“

Und weiter heißt es, dass „die Armut sich innerhalb jeder sozialen Schicht zeigt, die einen Standard typischer (...) Bedürfnisse ausgebildet hat“ (1992: 548f.). Aus diesem Grunde kann das jeweilige Armutsempfinden auch von offiziellen Armutsdefinitionen abweichen, woraus Simmel folgert, dass das Armutsempfinden nur aus dem sozialen Selbstverständnis der jeweiligen Gruppe und dem „sozialen Apriori, das von Stand zu Stand wechselt“ (1992: 549), eruiert werden kann. Diese von Simmel begründete relativistische Armutskonzeption (vgl. Barlösius 2001: 82ff.) kann nicht nur auf die Prekarisierungsdebatte bezogen (vgl. Kraemer 2008), sondern auch bei der Analyse von Abstiegsängsten fruchtbar gemacht werden. Abstiegsängste bilden sich nämlich nur vor dem Hintergrund dessen aus, was in dem jeweiligen Milieu bzw. der entsprechenden Soziallage als normal und angemessen angesehen wird. Weicht die zukünftige, auf den Lebenslauf oder die Lebenschancen der eigenen Kinder bezogene Wohlstandserwartung von bislang gültigen lagespezifischen Wohlstandserwartungen ab, dann ist es wahrscheinlich, dass Abstiegsängste aufkommen. Insofern kann die Kategorie des sozialen Nachbarn als Referenzrahmen für Abstiegsängste genutzt werden. In eine ganz ähnliche Richtung weisen auch die theoretischen Überlegungen und empirischen Befunde der auf Herbert H. Hyman und Robert K. Merton zurückgehenden Referenzgruppenforschung (vgl. Runciman 1966; Hyman/Singer 1968; Merton 1995; Gukenbiehl 1999). Hier kann gezeigt werden, dass soziale Gruppen beständig soziale Auf- und Abwärtsvergleiche vornehmen, wobei nicht das gegenwärtige Wohlstandsniveau sozial ferner und statusunähnlicher, sondern naher und statusähnlicher Gruppen, die in der Statushierarchie auf vergleichbarer Position oder etwas oberhalb der eigenen Position angesiedelt sind, als Referenzrahmen zur Beurteilung der eigenen Wohlstandslage herangezogen wird (vgl. Delhey/Kohler 2006). Mit anderen Worten dienen Personen und Gruppen in ähnlicher Statuslage als Vergleichsmaßstab.

Die Referenzgruppentheorie eignet sich in besonderer Weise, um zu erklären, warum Abstiegsängste nicht in einem kausalen Sinne direkter Ausfluss objektiver Gegebenheiten wie z.B. steigender Abstiegsmobilitätsraten oder sinkender Bildungsrenditen sind. Wie unter Rückgriff auf Simmels Überlegungen zur soziologischen Bestimmung von Armut gezeigt worden ist, entstehen Abstiegsängste nicht deswegen, weil ein Akteur einem statistisch nachweisbaren überdurchschnittlichen Risiko der Dauerarbeitslosigkeit ausgesetzt ist oder besondere Probleme hat, nach dem Verlust des Arbeitsplatzes eine neue, ausbildungsadäquate Erwerbsstelle zu finden. Abstiegsängste sind vielmehr das Ergebnis der

subjektiven Bewertung einer spezifischen erwerbs- oder bildungsbiografischen Konstellation, die vor dem Hintergrund der (realen oder angenommenen) Situation von statusähnlichen Personen oder Gruppen vorgenommen wird. Um die soziale Genese und Diffusion von Abstiegsängsten theoretisch besser analysieren zu können, ist der jeweilige Referenzrahmen aufzuhellen, von dem her die eigene berufliche Position oder der Erwerbsverlauf als abstiegsgefährdet beurteilt wird. Dieser Referenzrahmen zeichnet sich durch ähnliche Statusmerkmale wie Bildungsniveau, berufliche Stellung und Alterskohorte aus. Auf der Grundlage von Statusähnlichkeiten wird die eigene soziale Situation bewertet, wobei der Referenzrahmen nach „oben“ und „unten“ durch nächst höhere bzw. nächst niedrigere Statusmerkmale begrenzt wird. Die Begrenzung des Referenzrahmens nach oben legt die Reichweite von Aufwärtsvergleichen und damit das jeweilige Aspirationsniveau fest. Hingegen legt die Begrenzung des Referenzrahmens nach unten die Reichweite von Abwärtsvergleichen fest. Alle Aufstiegsambitionen und Abstiegsängste werden auf diesen Referenzrahmen bezogen; sie werden nicht auf Statuslagen projiziert, die oberhalb bzw. unterhalb des jeweiligen Referenzrahmens angesiedelt sind. Soziale Positionen, die von Akteuren als erstrebenswert angesehen werden oder von denen sie sich in alltäglichen Praktiken symbolisch abgrenzen, liegen stets nur innerhalb des jeweiligen Referenzrahmens.

Wie schon die Referenzgruppentheorie seit Merton verdeutlicht hat, kann die Frage, welcher Referenzrahmen von den Akteuren herangezogen wird, um die eigene Situation zu beurteilen und mit anderen Akteuren oder Gruppen zu vergleichen, nicht ohne eine eingehende Analyse der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung beantwortet werden. Die „Wahl“ des jeweiligen Referenzrahmens ist an spezifische institutionelle und strukturelle Bedingungen gebunden. Gemeint ist damit, dass Akteure soziale Vergleiche anstellen, die nicht „frei“ im Sinne einer individuellen Wahlfreiheit, sondern sozial und kulturell geregelt sind, insbesondere über die Verteilung von Rechten, über Zugangschancen zu höherer Bildung und lukrativen Erwerbsstellen und über institutionalisierte soziale Distanzen. Die spezifische „Reichweite sozialer Vergleiche“ (Merton 1995: 256f.), die Individuen oder Gruppen anstellen, hängt vor allem davon ab, ob ein Schicht- bzw. Klassensystem eher geschlossen oder offen ist und ob soziale Ungleichheiten als legitim oder nicht-legitim wahrgenommen werden. Hierbei wird der Referenzrahmen ausgeweitet, wenn Schicht- und Klassengrenzen relativ durchlässig erscheinen und soziale Mobilität wahrscheinlicher wird, wobei anzumerken ist, dass es sich sowohl um Aufstiegs- als auch Abstiegsmobilität handeln kann. Hingegen schrumpft der jeweilige Referenzrahmen, wenn soziale Grenzen als unabänderliches Faktum wahrgenommen werden. Die Weitung des Referenzrahmens führt dazu, dass die Reichweite von Aufwärts- und Abwärts-

vergleichen zunimmt, während mit der Schrumpfung des Referenzrahmens auch die Reichweite von Aufwärts- und Abwärtsvergleichen abnimmt.

Der jeweilige Referenzrahmen, der als Maßstab zur Beurteilung der eigenen Lage herangezogen wird, geht mit einem Bündel institutionalisierter und habitualisierter Erwartungen einher, die als legitim gelten. In mittleren sozialen Lagen ist der Referenzrahmen insbesondere mit der Erwartung verbunden, dass nur höhere Bildungszertifikate den Zugang zu lukrativen Arbeitsstellen öffnen und diese eine unverzichtbare Voraussetzung sind, um eine stabile soziale Existenz jenseits eines unsicheren Lohnarbeiterdaseins zu ermöglichen. Allerdings können diese Erwartungen rasch in Enttäuschungen und Frustrationen umschlagen, wenn die eigene aktuelle oder zukünftig erwartete Situation vom jeweiligen Referenzrahmen negativ abweicht, wobei unerheblich ist, ob die Erwartungen angesichts der tatsächlichen Chancenverteilungen noch objektiv realistisch sind oder aufgrund des sozialen Wandels als überholt gelten müssen. Hieraus kann man schlussfolgern: Abstiegsängste werden begünstigt, wenn spezifische Bildungs- und Erwerbschancen, die bislang *innerhalb* derselben Bildungs- und Berufsgruppe oder eine Statusstufe weiter oben vorhanden waren, nicht mehr offen stehen oder eingelöst werden können bzw. – allgemeiner formuliert – wenn die Erwartungen des jeweiligen Referenzrahmens enttäuscht werden. Aus diesem Grunde geben Abstiegsängste auch keine verlässliche Auskunft darüber, inwiefern sich die erwartete Wohlstandsposition der Armutgefährdungsschwelle annähert. Hieraus folgt, dass Abstiegsängste auch in Soziallagen artikuliert werden können, die mehr oder weniger weit von prekären oder sogar Armutslagen entfernt sind.

#### **4 Grenzen der kulturalistischen Ungleichheitsforschung**

Abstiegsängste sind erst in den letzten Jahren wieder in das soziologische Blickfeld getreten. Die späte Resonanz des in der Öffentlichkeit bereits länger wahrgenommenen sozialen Problems kann auf eine allgemeine Kulturalisierung der soziologischen Ungleichheitsforschung zurückgeführt werden, die für die 1980er und 1990er Jahre kennzeichnend ist. In dieser Zeit wurde die These popularisiert, dass die sozioökonomische Lage von schwindender Bedeutung ist, um die lebensweltliche Erfahrung sozialer Ungleichheiten zu analysieren. Nicht mehr die ungleiche Verteilung von Chancen im Bildungs- und Beschäftigungssystem stand fortan im Mittelpunkt zahlreicher Untersuchungen, sondern die Erforschung „pluraler Lebensstile“ (Beck 1983), von denen man annahm, dass sie sich sukzessive von der sozioökonomischen Lage abgekoppelt haben. Gerhard Schulze (1992) hat diese Diagnose mit seiner These von der Zunahme der „Erlebnis-

orientierung“ und der „Ästhetisierung des Alltagslebens“ zugespitzt. Der Einfluss des Herkunftsmilieus und der individuellen Ressourcenausstattung (Geld, Eigentum, Bildung) auf die alltägliche Lebensführung werde von anderen horizontalen Faktoren (Lebensalter) überlagert. Letztlich könne die Sozialstruktur moderner Gesellschaften nicht mehr als klassen- oder schichtgegliederte beschrieben werden, sondern sei durch Prozesse einer tiefgreifenden kulturellen Entvertikalisierung gekennzeichnet. An dieser Stelle kann weder die theoretische Plausibilität noch die empirische Stichhaltigkeit der übergreifenden Diagnose kulturalistischer Sozialstrukturanalysen problematisiert werden (vgl. Rössel 2005: 85ff.; Groß 2008: 89ff.). Es ist lediglich Folgendes festzuhalten: Die Vorzüge des kulturalistischen Paradigmas bestehen darin, einen schlichten ökonomistischen Determinismus zurückgewiesen und stattdessen die soziologische Aufmerksamkeit auf neue Formen sozialer Ungleichheit gerichtet zu haben. Insbesondere ist es der soziologischen Lebensstilforschung gelungen, die Ungleichheitsanalyse um wichtige kulturelle Dimensionen zu erweitern. Zugleich ist allerdings die fortdauernde Wirkung bzw. Persistenz herkunftsabhängiger (Bildungsbeteiligung) und sozioökonomischer Ungleichheiten (Arbeitsmarktchancen) unterschätzt (Kreckel 1998) und hierbei vernachlässigt worden, dass sich alltägliche Klassifikationen und Repräsentationen weiterhin, wenn auch in veränderter Weise, an der ungleichen Verteilung von Bildungs- und Marktchancen orientieren.

Die Grenzen des kulturalistischen Paradigmas treten zutage, wenn man die in den OECD-Staaten empirisch nachweisbare Zunahme ökonomischer Disparitäten und sozialer Polarisierungen (Alderson/Nielsen 2003; Hradil 2005; Nollmann 2006; Mishel et al. 2009) ungleichheitssoziologisch untersuchen will. Die kulturalistische Ungleichheitsforschung verfügt vor allem über keinen überzeugenden konzeptionellen Rahmen, um die Auswirkungen dieser Umbrüche nicht nur auf die (objektiven) Strukturen sozialer Ungleichheit, sondern auch gerade auf die alltäglichen Repräsentationspraktiken und Deutungsmuster zu untersuchen. Sie misst der wachsenden ungleichen Verteilung von Bildungs- und Marktchancen keine entscheidende Bedeutung bei der Strukturierung des Sozialen bei. Im Gegensatz zur kulturalistischen Ungleichheitsforschung hat die neuere Prekarisierungsforschung die Umbrüche in Ökonomie, Arbeitswelt und Wohlfahrtsstaat in den Mittelpunkt gerückt (Castel 2000; Castel/Dörre 2009; Kalleberg 2009). Im Einzelnen wird eine schrumpfende Zone stabiler Beschäftigungsverhältnisse diagnostiziert, die nicht unmittelbar den Unwägbarkeiten der ökonomischen Märkte ausgeliefert ist, sondern eine stabile gesellschaftliche Existenz ermöglicht und soziale Sicherheit durch Rechtsgarantien und sozialstaatliche Schutzmaßnahmen gewährleistet. Demgegenüber hat sich eine „Zone der Prekarität“ ausgebreitet, die weit in mittlere soziale Lagen hineinreicht. Die dort

anzutreffenden Beschäftigungsverhältnisse werden als „verwundbar“ beschrieben, da kollektive Regelungssysteme und soziale Sicherungen kaum vorhanden sind. Ausgehend von Castels Thesen untersucht die Prekarisierungsforschung die vielfältigen sozialen Folgen einer schleichenden Rekommodifizierung der Arbeitskraft. Im Einzelnen werden prekäre Brüche in der Erwerbsbiografie analysiert, neue Verlaufsmuster von beruflicher Abwärtsmobilität erforscht oder danach gefragt, wie sich die „Rückkehr der Unsicherheit“ (Castel) nicht nur an den „Rändern“, sondern auch in der „Mitte“ der Gesellschaft auf soziale Identitäten und soziopolitische Dispositionen auswirkt.

Mit der Prekarisierungsdebatte hat sich der zeitdiagnostische Blick auf Gegenwartsgesellschaften verschoben. Etwas zugespitzt könnte man formulieren, dass aktuelle soziologische Zeitdiagnosen nicht mehr um die „Pluralisierung der Lebensstile“ (Beck) oder die „Erlebnisorientierung im Alltagsleben“ (Schulze) kreisen, sondern von der „Wiederkehr der sozialen Unsicherheit“ (Castel) oder der Rückkehr der groben sozialen Unterschiede zwischen Schichten und Klassen handeln. Diese veränderte Blickrichtung der soziologischen Zeitdiagnostik besteht vor allem darin, sozioökonomische Marktlagen wieder stärker gegenüber quasi-ständischen Lagen bzw. Lebensstilen und Milieus in den Vordergrund der Analyse zu rücken. Diese Entwicklung ist alles andere als zufällig. Sie verweist auf ein Phänomen, das bereits von Max Weber (1980: 539) beschrieben worden ist. Weber zufolge gewinnen nämlich marktvermittelte Erwerbsklassenlagen in Zeiten beschleunigter technisch-ökonomischer Umbrüche an Bedeutung für soziale Stratifizierungsprozesse, während „ständische“ Lagen und Vergemeinschaftungen, die nicht an der Marktlage, sondern am Prinzip der sozialen „Ehre“ ausgerichtet sind, an Einfluss verlieren.

Das kulturalistische Paradigma der Ungleichheitsforschung geht von der Annahme aus, dass sich die (subjektiven) Dispositionen in einem radikalen Sinne von der (objektiven) Soziallage abgekoppelt haben. Die vorliegenden Befunde zur seit Jahrzehnten ungebrochenen Relevanz der subjektiven Schichtzugehörigkeit (Rössel 2005: 59; Statistisches Bundesamt 2006: 593ff.) für den sozialen Orientierungssinn passen ebenso wenig in dieses Bild wie der empirisch gut belegte jüngere Anstieg von subjektiven Beschäftigungsunsicherheiten (Blossfeld et al. 2005; Anderson/Pontusson 2007; Erlinghagen 2007, 2008, 2010), sozialen Verunsicherungen und Abstiegsängsten (Böhnke 2005; Neugebauer 2007; Lengfeld/Hirschle in diesem Band; Vogel 2009), die weit in mittlere, bislang sozial abgesicherte Wohlstandslagen diffundieren. Vor allem werden in den letztgenannten Untersuchungen die Auswirkungen der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Umbrüche auf alltägliche Wahrnehmungsmuster und Selbstverortungen in der sozialen Statusordnung beschrieben, die von der kulturalistischen Lebensstilforschung kaum beachtet worden sind. Hier zeigt sich, dass vertikale



Ungleichheitssemantiken und Statusvergleiche keineswegs ihre alltägliche Bedeutung bei der symbolischen Repräsentation sozialer Ungleichheiten verloren haben. Ganz im Gegenteil ist vielmehr zu vermuten, dass Prekarisierungserfahrungen und Abstiegsängste soziale Deutungsmuster begünstigen, die die gegenwärtige soziale Ordnung – wieder oder weiterhin – als eine in „Schichten“ oder „Klassen“ gegliederte beschreiben (Kraemer 2010).

## 5 Krise der „gesellschaftlichen Mitte“

Abstiegsängste kommen auf, wenn, wie in Abschnitt 3 begründet worden ist, die eigene Statusposition in Relation zur jeweiligen Referenzgruppe als gefährdet wahrgenommen wird. Eine zentrale theoretische Erkenntnis der Referenzgruppenforschung ist, dass ein wachsender Abstand zu statushöheren Gruppen solange unproblematisch ist, wie die eigenen Lebensumstände nicht mit diesen Gruppen verglichen werden. Abstiegsängste kommen erst dann auf, wenn Statuspositionen, die in der jeweiligen Referenzgruppe bislang als selbstverständlich galten, schwieriger erreicht werden können – und höhere Aufwendungen zu unternehmen sind, um einen Statusabstieg gegenüber der eigenen Referenzgruppe zu verhindern. Abschließend ist darzulegen, dass in mittleren Wohlstandslagen die für die jeweilige Referenzgruppe typischen Aufstiegschancen selektiver und die Abstiegsrisiken größer geworden sind. Insbesondere ist der gesellschaftliche und soziopolitische Horizont aufzuhellen, vor dem sich Abstiegsängste ausgebreitet haben.

Zunächst ist zu konstatieren, dass das dem „rheinischen Kapitalismus“ (Michael Albert) zugrunde liegende gesellschaftliche Ordnungsmodell in zahlreichen kontinentaleuropäischen Nationalstaaten breiten Bevölkerungsgruppen materiellen Wohlstand und soziale Sicherheit, Zugang zu höherer Bildung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht hat. Auf stabilen Erwerbsbiografien gründeten soziale Existenzen. Auch die kollektiven Sicherungssysteme gaben einen verlässlichen Rahmen ab, der die Absicherung des sozialen Status der Erwerbstätigen auch im Falle von Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Alter zum Grundprinzip erhob. Zwar führte dieses Ordnungsmodell keineswegs zum Abbau ökonomischer Verteilungsdisparitäten. Zudem wurden vielfältige Barrieren wohlfahrtsstaatlicher Inklusion und Exklusion errichtet, die einen sozial ungleichen Zugang zu Transferleistungen begründeten (Mohr 2007). Nicht zuletzt wirkte dieses Ordnungsmodell konservierend auf ungleiche Bildungschancen und tradierte geschlechtliche Rollenerwartungen in Beruf (Familienernährer) und Haushalt (Hausfrauenehe). Dessen ungeachtet beruhte seine über Jahrzehnte ungebrochene Attraktivität auf dem Versprechen, dass alle an der wirtschaftlichen

Entwicklung, am technischen Fortschritt und am gesellschaftlichen Wohlstand teilnehmen können, solange man regulärer Erwerbsarbeit nachgeht oder zumindest im Falle von erzwungener Arbeitslosigkeit bereit ist, legale Erwerbsarbeit anzunehmen, die der eigenen beruflichen Qualifikation entspricht. Kurzum, die Abfederung von Lohnarbeitsrisiken durch den modernen Wohlfahrtsstaat (Dekommodifizierung) wurde zu einem festen Bestandteil „sozialer Bürgerrechte“ (Marshall 1992) und legitimer „Anrechte“ (Dahrendorf 1992).

An dieser Stelle ist zu betonen, dass das „rheinische“ Sozialmodell ohne Aussicht auf dauerhafte wirtschaftliche Prosperität nicht denkbar gewesen wäre. Der Marktökonomie kam hierbei die Aufgabe zu, möglichst dynamisch zu wachsen, neue Absatzmärkte zu erschließen, Produkt- und Prozessinnovationen durchzusetzen und den technologischen Fortschritt voranzutreiben, um die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die einmal erreichten Wohlfahrtschancen für breite Bevölkerungsgruppen gesichert und neue für möglichst viele eröffnet werden können. Damit basierte dieses Ordnungsmodell auf dem Prinzip des wachsenden Kuchens; das heißt auf der Möglichkeit, soziale Verteilungskonflikte durch wirtschaftliche Prosperität dauerhaft zu entschärfen. Trotz vieler Schwierigkeiten und Modernisierungsanforderungen konnte dieses Ordnungsmodell über Jahrzehnte aufrechterhalten und durch vielfältige Arrangements in Wirtschaft und Gesellschaft, Politik und Recht, Verbänden und Organisationen (Neokorporatismus) institutionell unterfüttert werden. Inzwischen hat dieses Ordnungsmodell seine vormalige Selbstverständlichkeit verloren. Erheblich unter Druck geraten ist es vor allem durch die europäische und internationale Marktintegration, durch eine verschärfte Konkurrenz zwischen Nationalstaaten und Weltregionen um ökonomische Produktionsstandorte und private Investitionsentscheidungen sowie nicht zuletzt durch eine Neuausrichtung politisch-normativer Ordnungsvorstellungen des Sozialen (vgl. Hall/Soskice 2001; Lesse-nich 2003: 63ff.; Streeck 2009; Münch 2009).

Zahlreiche Umbrüche sind unübersehbar geworden, die das – für die fordistische Epoche charakteristische – Integrationsversprechen, ökonomische Wertzuwächse würden allen Bevölkerungsgruppen zugute kommen und Erwerbsarbeit die Teilhabe am Wohlstand garantieren, zur Disposition gestellt haben. Diese Umbrüche betreffen den Arbeitsmarkt und die Arbeitswelt, das System der Unternehmenskontrolle und die industriellen Beziehungen, kollektive soziale Sicherungssysteme sowie das Bildungssystem. An dieser Stelle sind die Umbrüche der Erwerbsarbeit kurz zu skizzieren. Spätestens seit den 1990er Jahren werden die institutionellen Arrangements zur Dekommodifizierung der Erwerbsarbeit wieder eingeschränkt bzw. zurückgenommen. Auch wenn Umfang und Reichweite der Umbrüche im Beschäftigungssystem empirisch umstritten sind (vgl. Struck et al. 2006, 2007), so hat doch das klassische „Normalarbeits-

verhältnis“ sowohl faktisch als auch als Leitnorm für Arbeitsrecht und Sozialpolitik an Bedeutung verloren. Das Normalarbeitsverhältnis garantierte den sozialen Status und machte berufliche Biografien kalkulierbar. Seit geraumer Zeit kann hingegen eine Absenkung sozialer Normen und rechtlicher Standards auch innerhalb bislang stabiler Beschäftigungssegmente beobachtet werden, wie an der abnehmenden Tarifbindung (Kohaut/Ellguth 2008; Bispinck 2008), der Ausbreitung untertariflicher Beschäftigung, der Einschränkung des Kündigungsschutzes, der Kürzung von betrieblichen Sozialleistungen sowie dem Abbau von Sozialversicherungsleistungen wie Rentenansprüchen festzumachen ist. Zudem werden unbefristete, sozial geschützte Erwerbsstellen durch befristete und instabile Jobs ersetzt und neue Vollzeitstellen in prekären Segmenten des Arbeitsmarktes geschaffen. In Deutschland kann – beispielsweise zwischen 2001 (32%) und 2007 (47%) (IAB-Betriebspanel) – ein deutlicher Anstieg der befristeten Neueinstellungen an allen Neueinstellungen festgestellt werden. Auch wenn sich der Anteil der späteren Übernahmen an allen Abgängen aus befristeter Beschäftigung – im Untersuchungszeitraum von 42% auf 49% – etwas erhöht hat, so sind gleichwohl atypische Beschäftigungsverhältnisse wie etwa Zeit- und Leiharbeit, Befristungen, Werkverträge oder geringfügige Beschäftigung (Minijobs) weiterhin auf dem Vormarsch (vgl. OECD 2007, 2008; Möller/Walwei 2009: 359ff.).

Gegenüber allzu pauschalierenden Trendaussagen ist festzuhalten, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse nicht automatisch prekär sind (Brehmer/Seifert 2008). Auch ist Prekarität sozial ungleich verteilt. Bildungsbeteiligung, Berufsklasse, Geschlecht, Alterskohorte, Betriebsgröße und Branchenzugehörigkeit sind wichtige Erklärungsfaktoren, um differenzierte Aussagen über Prekarisierungsrisiken machen zu können. So gelingt Gut- und Höherqualifizierten der Übergang von Befristung zu Unbefristung häufiger und rascher als Geringqualifizierten, ethnischen Minderheiten oder Personen mit niedriger Stellung innerhalb der betrieblichen Arbeitsorganisation (Giesecke/Groß 2002). Ebenso wäre es kurzschlüssig, eine prekäre Erwerbsstelle mit einem prekären Erwerbsverlauf oder gar mit einer prekären Lebenslage gleichzusetzen (Kraemer 2008). Gleichwohl dürfen die sozialen Umbrüche im Beschäftigungssystem und die damit verbundenen Enttäuschungen nicht unterschätzt werden. Wie zahlreiche empirische Studien zeigen, sind von diesen Umbrüchen keineswegs nur Geringqualifizierte oder sogenannte Randgruppen der Arbeitsgesellschaft betroffen. Die negativen Effekte von befristeten Beschäftigungsverhältnissen reichen weit in mittlere berufliche Lagen hinein (Groß 2001). Oftmals garantieren atypische Beschäftigungsverhältnisse weder ein eigenständiges kontinuierliches Auskommen noch ermöglichen sie längerfristige Planungssicherheiten für den eigenen Lebensentwurf. Atypische Beschäftigte sind – differenziert nach der jeweiligen Be-

schäftigungskategorie (Leih- und Zeitarbeit, befristete Projektarbeit, geringfügig Beschäftigte, Teilzeitarbeit etc.) – höheren Arbeitsmarktrisiken als vergleichbare Beschäftigte mit Normalarbeitsverhältnis ausgesetzt, sie werden geringer entlohnt, sie sind schlechter oder überhaupt nicht in die sozialen Sicherungssysteme integriert und sie sind beim Zugang zu betrieblich-beruflicher Weiterbildung benachteiligt (Giesecke/Groß 2007; Brehmer/Seifert 2008; Giesecke 2009). Übergänge aus atypischen in reguläre Normalarbeitsverhältnisse erfolgen seltener. Wer zuvor atypisch beschäftigt war, hat weitaus größere Schwierigkeiten, eine „reguläre“, in aller Regel höherwertige Erwerbsstelle zu finden als Personen, die schon einmal in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt waren (Gensicke et al. 2010). In diesem Zusammenhang ist es wenig verwunderlich, dass insbesondere die Einkommenslage vieler Haushalte mit Familienernährerinnen als prekär eingeschätzt werden muss (Klenner/Klammer 2009).

Im Niedriglohntsektor waren in Deutschland 2006 rund zwei Drittel atypisch beschäftigt und damit deutlich mehr als noch 1995 (knapp 49%) (Kalina/Weinkopf 2008b). Es wäre allerdings ein Fehlschluss, wenn man annehmen würde, dass sich die Niedriglohnbeschäftigung auf atypisch Erwerbstätige oder besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes wie Geringqualifizierte konzentrieren würde. So ist der Anteil von qualifizierten Erwerbspersonen mit abgeschlossener Berufsausbildung im Segment der Niedriglohnbeschäftigung deutlich gestiegen; und zwar von 58,5% (1995) auf 70,8% (2007) (Kalina/Weinkopf 2008a: 6ff., 2009: Tabelle 2). Die strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes zeigen sich in besonderer Weise auch darin, dass Berufseinsteiger und Wiedereinsteiger mit zunehmenden Arbeitsmarktproblemen konfrontiert sind und sich mit befristeten Erwerbsstellen arrangieren müssen (Gießelmann 2009). Jüngere Alterskohorten machen häufiger als ältere Kohorten die Erfahrung, die Arbeitsstelle unfreiwillig zu wechseln und im Laufe des Erwerbsverlaufs arbeitslos zu werden, wobei die Phasen erzwungener Arbeitslosigkeit länger und die Wiedereinstiege schwieriger werden (Hillmert et al. 2004; Blossfeld et al. 2008). Zudem sollte die – in einigen europäischen Ländern – wachsende Zahl von unbefristeten Vollzeitbeschäftigten in prekären und Armutslagen (*working poor*) nicht übersehen werden (Andreß/Seeck 2007; Andreß/Lohmann 2008; Nollmann 2009).

Die Prekarisierungsforschung hat aufzeigen können, dass mit der Ausbreitung instabiler Erwerbsstellen und diskontinuierlicher Erwerbsbiografien sich nicht nur an den Rändern, sondern auch in der „Mitte“ der Arbeitsgesellschaft beruflich-soziale Vulnerabilitäten und Prekarisierungsgänge ausbreiten. Diese Unsicherheiten schwappen auch auf Stammebelegschaften mit durchschnittlicher oder überdurchschnittlicher Qualifizierung über (vgl. Kraemer/Speidel 2005; Dörre/Kraemer/Speidel 2006; Castel/Dörre 2009); und damit auf Erwerbsgrup-

pen in „geschlossenen Positionen“ (Sørensen 1983), die bislang stabil beschäftigt waren, vermeintlich sicherer Erwerbsarbeit nachgingen und vor den Schwankungen der Märkte recht gut geschützt waren. Die Ausbreitung sozialer Verunsicherungen und Prekarisierungsängste in diesen Beschäftigtengruppen ist von großer soziopolitischer Brisanz. Schließlich handelt es sich bei ihnen um den produktivistischen Kern gut qualifizierter „Leistungsträger“, unter denen der meritokratische Glaube besonders ausgeprägt ist, durch Erwerbsarbeit und beruflichen Erfolg am wirtschaftlichen Fortschritt teilzuhaben. Dieser meritokratische Glaube wird nun in dem Maße enttäuscht, wie *trotz* solider Wachstumsraten des Wirtschaftssystems sozioökonomische Disparitäten größer werden, Arbeitseinkommen stagnieren oder sogar Reallohnneinbußen hinzunehmen sind (Brenke 2007; Frick/Grabka 2008; Logeay/Zwiener 2008; Schäfer 2009). Empirisch gut belegt sind abnehmende Werte bei den subjektiven Einschätzungen über eine angemessene Teilhabe am Lebensstandard und dessen gerechte Verteilung in Deutschland zwischen den sozialen Schichten (Statistisches Bundesamt 2006: 590). Ganz in diesem Sinne haben Grabka/Frick (2008) in einer viel beachteten Untersuchung über die „schrumpfende Mittelschicht“ – gerade auch in Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs – einen signifikanten Anstieg der Sorge um Wohlfahrtseinbußen und soziale Abstiege bis weit in mittlere Einkommenspositionen feststellen können (vgl. Lengfeld/Hirschle in diesem Band).

Diese Dispositionen in der „gesellschaftlichen Mitte“ müssen auch im Kontext des Wandels von Wohlfahrtsstaatlichkeit gesehen werden (Kronauer 2008). Kennzeichnend für das Ordnungsmodell des rheinischen Kapitalismus sind wohlfahrtsstaatliche, arbeitnehmerorientierte Institutionen, die riskante Übergänge in Erwerbsbiografien abfedern, Erwerbsrisiken abmildern und im Falle von erzwungener Arbeitslosigkeit den sozialen Status je nach bisheriger Erwerbsposition und Arbeitsmarkteteiligung auch für einen längeren Zeitraum konservieren. Seit den 1980er Jahren erodieren wesentliche Grundpfeiler des rheinischen Wohlfahrtsmodells. Zu nennen sind insbesondere die Abkehr vom Prinzip der Status- bzw. Lebensstandardsicherung und die Hinwendung zum Leitbild der „Aktivierung“ und „Eigenverantwortlichkeit“. Staatliches Handeln soll darauf konzentriert werden, die individuelle Beschäftigungsfähigkeit (*employability*) zu sichern und wiederherzustellen. Zugleich wird eine stärkere individuelle Übernahme von Erwerbs- und Marktrisiken erwartet (Vogel 2004; Lessenich 2008). So ist im deutschen Sozialsystem seit den Hartz-Reformen der Pfad des Statusabstiegs für Arbeitslose steiler und kürzer geworden. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe (2005) führte beispielsweise dazu, dass nach dem – im Regelfall zwölfmonatigen – Bezug einer proportional am letzten Arbeitseinkommen orientierten Lohnersatzleistung (ALG I) nur noch eine pauschalisierte, bedürftigkeitsgeprüfte Fürsorgeleistung (ALG II) auf deutlich niedrigerem Niveau gewährt

wird. Mit dem Ende der Anspruchsdauer von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung droht ein sofortiges „Abrutschen in Hartz IV“. Damit ist, wie Knuth (2010: 23) treffend bemerkt, ein „angstbesetztes Signal“ gesendet worden, dessen soziale Wirkung nicht unterschätzt werden sollte. Auch greifen Leistungskürzungen und Sanktionskataloge bei Verstößen gegen Mitwirkungs- und Nachweispflichten weitaus schneller. Mit der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose ist zudem der Berufs- und Tarifschutz eingeschränkt bzw. gänzlich abgeschafft worden. Dieser Umbau der sozialen Sicherungssysteme hat zur Konsequenz, dass nicht nur längere Arbeitslosigkeitsphasen, sondern auch wiederkehrende Episoden prekärer Beschäftigung und diskontinuierliche Erwerbsverläufe rascher in sozialen Abstieg einmünden können. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass die Konzessionsbereitschaft von Erwerbslosen bei der Suche nach einer neuen Stelle im Hinblick auf die Lohnhöhe, die Arbeitsbedingungen und das Qualifikationsniveau zugenommen hat (Kettner/Rebien 2007).

Der Anstieg von Abstiegsängsten ist bisher vor dem Hintergrund einer zunehmenden Rekommodifizierung der Lohnarbeit, der schleichenden Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Wohlfahrtsentwicklung und des Umbaus wohlfahrtsstaatlicher Institutionen diskutiert worden. Dass Personen in mittleren Soziallagen empfänglicher für Abstiegsängste geworden sind, hat allerdings noch mit einem anderen Gesichtspunkt zu tun. Im zweiten Abschnitt sind intravon intergenerationalen Abstiegsängsten unterschieden worden. Die skizzierten Makrotrends Rekommodifizierung, Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der allgemeinen Wohlfahrtsentwicklung und Umbau des Sozialmodells begünstigen intragenerationale Abstiegsängste. Demgegenüber sind intergenerationale Abstiegsängste weitaus stärker auf den Wandel von Bildungschancen und entsprechender Erwartungshaltungen bezogen. Hier wird die Sorge vor Statusverlust auf die Frage projiziert, ob die eigenen Wohlstandschancen auch für die Kinder noch möglich sein werden. Um das Wohlstandsniveau der Herkunftsfamilie auch in der Kindergeneration zu sichern, ist die intergenerationale Weitergabe von Bildungskapital unverzichtbar. Das Problem besteht allerdings darin, dass ungewiss ist, ob die von der Elterngeneration erworbenen – oder von der Großelterngeneration „vererbt“ – Bildungstitel noch in der Kindergeneration ausreichen werden, um bisherige Statuspositionen zu behaupten. Ungewiss ist die spezifische Wertigkeit des Bildungskapitals der Elterngeneration auf den Arbeitsmärkten der Zukunft. In der Elterngeneration wird vielfach die Erfahrung gemacht, dass sich der Stellenwert von Bildungstiteln für den Staterhalt und soziale Aufstiege verschoben hat. So haben heutzutage primäre höhere Bildungsabschlüsse (Abitur) die Funktion einer dauerhaften Staterzeugung für die Mittelklassen verloren. Erweiterte Bildungsanstrengungen wie ein Studium an

Fachhochschule und Universität sowie spezielle berufsbezogene Fachausbildungen sind unverzichtbar geworden. Und obendrein müssen diese erweiterten Bildungsanstrengungen im Erwerbsverlauf kontinuierlich fortgesetzt werden (berufliche Weiterbildung und Zusatzqualifizierungen), um sich vor beruflicher Dequalifizierung und bildungsinadäquater Beschäftigung besser zu schützen.

Aufgrund des berufsstrukturellen Wandels der letzten Jahrzehnte müssen die Anstrengungen im Bildungssystem beständig intensiviert werden, um die Statusposition der Elterngeneration auch in der Kindergeneration zu erhalten. Deswegen sind höhere Bildungsambitionen in der Generationenfolge nicht unbedingt auf Aufstiege, sondern auf die intergenerationale Statusreproduktion ausgerichtet. Je größer diese Bildungsanstrengungen der Kinder sein müssen, um eine ähnliche Statusposition wie die der Eltern zu erreichen, umso folgenreicher ist es, wenn die eigenen Kinder im Bildungssystem scheitern. Bereits für die erfolgreichen Absolventen höherer Bildungsgänge können sich die Übergänge in das Beschäftigungssystem schwierig gestalten, so dass zunächst Umwege (Praktika, Befristungen, Projektarbeit etc.) in Kauf zu nehmen sind, um die angestrebte Statusposition zu erreichen. Aber noch weitaus existentieller stellt sich das Problem des Stuserhalts, wenn die angestrebten höheren Bildungsabschlüsse nicht erreicht und Bildungsgänge abgebrochen werden. Ganz generell kann man festhalten, dass die veränderte Verwertbarkeit von Bildungstiteln vor allem in Mittelklassen statusverunsichernd wirkt. Dieser Umstand hat mit der sozioökonomischen Lage in der „Mitte der Gesellschaft“ zu tun. Im Regelfall ist Geld- und Kapitalvermögen in größerem Umfang nicht vorhanden (Frick/Grabka 2009a), um ein bestimmtes Wohlstandsniveau auch ohne Erwerbsarbeit zu realisieren. Personen in mittleren Soziallagen sind auf den Erwerb von – im Generationenvergleich höheren – Bildungstiteln zwingend angewiesen, wenn der Zugang zu Berufspositionen, die gegenüber der Elterngeneration statusähnlich sind, offen bleiben soll.

## Literatur

- Alderson, Arthur S./Nielsen, François (2003): Globalisierung und die große Kehrtwende. Entwicklung der Einkommensungleichheit in 16 OECD-Staaten. In: Müller/Scherer (2003): 323-362
- Allmendinger, Jutta/Eichhorst, Werner/Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2005): IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten (IAB-Bibliothek, 01). Frankfurt a. M.: Campus
- Anderson, Christopher J./Pontusson, Jonas (2007): Workers, Worries and Welfare States: Social Protection and Job Insecurity in 15 OECD Countries. In: European Journal of Political Research. 46. 211-235
- Andreeß, Hans-Jürgen/Lohmann, Henning (Hrsg.) (2008): The Working Poor in Europe. Poverty, Employment and Globalization. Cheltenham: Edward Elgar

- Appelt, Erna/Reiterer, Albert F. (2009): Wer heiratet wen? Bildungshomogamie und soziale Mobilität in Österreich. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*. 34. 45-64
- Barlösius, Eva/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.) (2001): *Die Armut der Gesellschaft*. Opladen: Leske+Budrich
- Barlösius, Eva (2001): Das gesellschaftliche Verhältnis der Armen – Überlegungen zu einer theoretischen Konzeption einer Soziologie der Armut. In: Barlösius/Ludwig-Mayerhofer (2001): 69-94
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel (1983): 35-74
- Becker, Rolf (Hrsg.) (2009): *Lehrbuch der Bildungssoziologie*. Wiesbaden: VS
- Becker, Rolf (2009): Entstehung und Reproduktion dauerhafter Bildungsungleichheiten. In: Becker (2009): 85-129
- Becker, Rolf/Hadjar, Andreas (2009): Meritokratie – Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften. In: Becker (2009): 35-59
- Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) (2008): *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*, 3., aktualisierte Aufl., Wiesbaden: VS
- Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hrsg.) (2005): *Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert*. Weinheim: Juventa
- Berger, Peter A./Konietzka, Dirk (Hrsg.) (2001): *Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten*. Opladen: Leske+Budrich
- Berger, Peter A./Vester, Michael (Hrsg.) (1998): *Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen*. Opladen: Leske+Budrich
- Bispinck, Reinhard (2008): Das deutsche Tarifmodell im Umbruch. In: *Wirtschaftsdienst*. 88. 7-11
- Blossfeld, Hans-Peter/Timm, Andreas (Hrsg.) (2003): *Who Marries Whom? Educational Systems as Marriage Markets in Modern Societies*. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers
- Blossfeld, Hans-Peter/Klijzing, Erik/Mills, Melinda/Kurz, Karin (2005): *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*. London: Routledge
- Blossfeld, Hans-Peter/Buchholz, Sandra/Bukodi, Erzsébet (Hrsg.) (2008): *Young Workers, Globalization and the Labor Market. Comparing Early Working Life in Eleven Countries*. Cheltenham: Edward Elgar
- Böhnke, Petra (2005): Teilhabechancen und Ausgrenzungsrisiken in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 37. 31-36
- Bourdieu, Pierre/Boltanski, Luc/Saint Martin, Monique de/Maldivier, Pascale (1981): *Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht*. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt
- Breen, Richard (Hrsg.) (2004): *Social Mobility in Europe*, Oxford: Oxford University Press
- Breen, Richard/Luijckx, Ruud (2004): *Social Mobility in Europe between 1970 and 2000*. In: Breen (2004): 37-75
- Brehmer, Wolfram/Seifert, Hartmut (2008): Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse. In: *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*. 41. 501-531
- Brenke, Karl (2007): Zunehmende Lohnspreizung in Deutschland. In: *DIW-Wochenbericht* 74. 73-79
- Bude, Heinz (2008): *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. München: Carl Hanser Verlag
- Bude, Heinz/Lantermann, Ernst-Dieter (2006): Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden. In: *Kölnner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 58. 233-252
- Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.) (2008): *Exklusion. Die Debatte über die "Überflüssigen"*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Büchel, Felix/Weisshuhn, Gernot (1997): *Ausbildungsinadäquate Beschäftigung der Absolventen des Bildungssystems. Berichterstattung zu Struktur und Entwicklung unterwertiger Beschäftigung in West- und Ostdeutschland*. Berlin: Duncker & Humblot



- Büchner, Peter/Brake Anna (Hrsg.) (2006): Bildungsort Familie. Transmission von Bildung und Kultur im Alltag von Mehrgenerationenfamilien. Wiesbaden: VS
- Burzan, Nicole (2008): Die Absteiger: Angst vor Statusverlust und Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 33-34. 6-12
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a. M.: Campus
- Dahrendorf, Ralf (1992): Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt
- Delhey, Jan/Kohler, Ulrich (2006): Europäisierung sozialer Ungleichheit. Die Perspektive der Referenzgruppenforschung. In: Heidenreich (2006): 17- 64
- Diewald, Martin/Solga, Heike (1997): „Nach dem Sturm folgte zwar Ruhe, jedoch nicht der Sonnenschein!“ Mobilitätsprozesse und Allokationskriterien in Ostdeutschland nach 1989. In: Schenk (1997): 153-277
- Diewald, Martin/Sill, Stephanie (2004): Mehr Risiken, mehr Chancen? Trends in der Arbeitsmarktmobilität seit Mitte der 1980er Jahre. In: Struck/Köhler (2004): 39-62
- Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2006): Prekäre Beschäftigung und soziale (Des-)Integration. Ursprünge, Konsequenzen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung. In: Jahrbuch Arbeit Bildung Kultur. Band 23/24. 9-40
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan (Hrsg.) (2010 i.E.): Unsichere Zeiten? Verhandlungen des 34. DGS-Kongresses 2008 in Jena. Wiesbaden: VS (im Erscheinen)
- Erikson, Robert/Jonsson, Jan O. (Hrsg.) (1996): Can Education be Equalized? Boulder: Westview Press
- Erlinghagen, Marcel (2007): Beschäftigungsunsicherheit in Europa. In: WSI-Mitteilungen. 60. 123-130
- Erlinghagen, Marcel (2008): Self-perceived Job Insecurity and Social Context: A Multi-Level Analysis of 17 European Countries. In: European Sociological Review. 24. 183-197
- Erlinghagen, Marcel (2010): Mehr Angst vor Arbeitsplatzverlust seit Hartz? Langfristige Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland. In: IAQ-Report 2010-02
- European Commission (2004): Employment in Europe 2004. Recent Trends and Prospects, Luxembourg
- Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2008): Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit. In: DIW-Wochenbericht 75. 556-566
- Frick Joachim R./Grabka, Markus M. (2009a): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW-Wochenbericht 76. 54-67
- Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2009b): Zur Entwicklung der Vermögensungleichheit in Deutschland. In: Berliner Journal für Soziologie. 19. 577-600
- Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2010): Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit, aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. In: DIW-Wochenbericht 77. 2-12
- Friedrichs, Jürgen/Lepsius, M. Rainer/Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.) (1998): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 38. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Fuchs, Marek/Sixt, Michaela (2007): Zur Nachhaltigkeit von Bildungsaufstiegen. Soziale Vererbung von Bildungserfolgen über mehrere Generationen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 59. 1-29
- Geißler, Rainer (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands, 4. überarb. Aufl., Wiesbaden: VS
- Gensicke, Miriam/Herzog-Stein, Alexander/Seifert, Hartmut/Tschersich, Nicolai (2010): Einmal atypisch – immer atypisch beschäftigt? Mobilitätsprozesse atypischer und normaler Arbeitsverhältnisse im Vergleich. In: WSI-Mitteilungen. 63. 179-187

- Giesecke, Johannes (2009): Socio-economic Risks of Atypical Employment Relationships. Evidence from the German Labour Market. In: *European Sociological Review*. 25. 629-646
- Giesecke, Johannes/Groß, Martin (2002): Befristete Beschäftigung: Chance oder Risiko? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 54. 85-108
- Giesecke, Johannes/Groß, Martin (2007): Flexibilisierung durch Befristung. In: Keller/Seifert (2007): 83-105
- Gießelmann, Marco (2009): Arbeitsmarktpolitische Wandel in Deutschland seit 1991 und das Working Poor-Problem. Einsteiger als Verlierer des Reformprozesses? In: *Zeitschrift für Soziologie*. 38. 215-238
- Goldthorpe John H. (1996): Problems of „Meritocracy“. In: Erikson /Jonsson (1996): 255-287
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2007): Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. In: *DIW-Wochenbericht* 74. 665-672
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: *DIW-Wochenbericht* 75. 101-108
- Groh-Samberg, Olaf (2004): Armut und Klassenstruktur. Zur Kritik der Entgrenzungsthese aus einer multidimensionalen Perspektive. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 56. 653-682
- Groh-Samberg, Olaf (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstrukturen. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven. Wiesbaden: VS
- Groß, Martin (2001): Auswirkungen des Wandels der Erwerbsgesellschaft auf soziale Ungleichheit. Effekte befristeter Beschäftigung auf Einkommensungleichheit. In: Berger/Konietzka (2001): 119-155
- Groß, Martin (2008): Klassen, Schichten, Mobilität. Eine Einführung. Wiesbaden: VS
- Gukenbiehl, Hermann L. (1999): Bezugsgruppen. In: Schäfers (1999): 83-103
- Hadjar, Andreas (2008): Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion. Wiesbaden: VS
- Hadjar, Andreas/Becker, Rolf (Hrsg.) (2009): Expected and Unexpected Consequences of the Educational Expansion in Europe and USA: Theoretical Approaches and Empirical Findings in Comparative Perspective. Bern: Haupt Verlag
- Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hrsg.) (2004): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Hall, Peter A./Soskice, David (2001): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: Oxford University Press
- Heidenreich, Martin (Hrsg.) (2006): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Frankfurt a. M.: Campus
- Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS
- Hillmert, Steffen/Kurz, Karin/Grunow, Daniela (2004): Beschäftigungsmobilität in der ersten Hälfte des Erwerbslebens. Ein Kohortenvergleich. In: Struck/Köhler (2004): 63-86
- Hradil, Stefan (2005): Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften wieder ungleicher? In: Windolf (2005): 460-483
- Hyman, Herbert H./Singer, Eleanor (Hrsg.) (1968): Readings in Reference Group Theory and Research. New York: Free Press
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2008a): Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. In: *IAQ-Report*. 2008-01
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2008b): Konzentriert sich die steigende Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland auf atypisch Beschäftigte? In: *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*. 41. 447-469
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2009): Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen. In: *IAQ-Report*. 2009-05

- Kalleberg, Arne L. (2009): Precarious Work, Insecure Workers: Employment Relations in Transition. In: *American Sociological Review*. 74. 1-22
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut (Hrsg.) (2007): *Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken*. Berlin: edition sigma
- Kettner, Anja/Rebien, Martina (2007): Hartz-IV-Reform. Impulse für den Arbeitsmarkt. In: IAB-Kurzbericht. 19
- Klenner, Christina/Klammer, Ute (2009): Weibliche Familienernährerinnen in West- und Ostdeutschland – Wunschmodell oder neue Prekarität? In: *Rollenleitbilder und -realitäten in Europa: Rechtliche, ökonomische und kulturelle Dimensionen*, Forschungsreihe des BMFSFJ, Band 8, Workshopdokumentation 20.-22.10.2008. Baden-Baden: Nomos. 62-84
- Kohaut, Susanne/Ellguth, Peter (2008): Branchentarifvertrag. Neu gegründete Betriebe sind seltener tarifgebunden. In: IAB-Kurzbericht. 16
- Knuth, Matthias (2010): Fünf Jahre Hartz IV: Zwischenbilanz und Reformbedarf. In: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*. 123. 14-23
- Kraemer, Klaus (2008): Prekarität – was ist das? In: *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*. 17. 77-90
- Kraemer, Klaus (2010): Klasse und Repräsentation. Zum Wandel der sozialen Konstruktion von Ungleichheiten. In: *Dörre/Lessenich (2010 i.E.)*
- Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2005): Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Zum Wandel eines arbeitsweltlichen Integrationsmodus. In: *Heitmeyer/Imbusch (2005)*: 367-390
- Kreckel, Reinhard (1998): Klassentheorie am Ende der Klassengesellschaft. In: *Berger/Vester (1998)*: 31-47
- Kreckel, Reinhard (Hrsg.) (1983): *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt. Sonderband 2*. Göttingen: Schwartz
- Kreckel, Reinhard (2004): *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*, 3. überarb. u. erw. Aufl. Frankfurt a. M.: Campus
- Kronauer, Martin (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt a. M.: Campus
- Lessenich, Stephan (2003): *Dynamischer Immobilismus. Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell*. Frankfurt a. M.: Campus
- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript
- Logeay, Camille/Zwiener, Rudolf (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs. In: *WSI-Mitteilungen*. 61. 415-422
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, hrsg., übersetzt und mit einem Vorwort von Elmar Rieger. Frankfurt a. M.: Campus
- Merton, Robert K. (1995): *Soziologische Theorie und soziale Struktur*, hrsg. und eingeleitet von Volker Meja und Nico Stehr. Berlin: de Gruyter
- Miller, Walter (1958): Lower Class Culture as a Generating Milieu of Gang Delinquency. In: *Journal of Social Issues*. 14. 5-20
- Mishel, Lawrence/Bernstein, Jared/Shierholz, Heidi (2009): *The State of Working America 2008/2009*. Ithaca NY: ILR/Cornell University Press
- Möller, Joachim/Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2009): *Handbuch Arbeitsmarkt 2009. Analysen, Daten, Fakten (IAB-Bibliothek 314)*. Bielefeld: Bertelsmann
- Mohr, Katrin (2007): *Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat. Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland*. Wiesbaden: VS
- Müller, Walter (1998): Erwartete und unerwartete Folgen der Bildungsexpansion. In: *Friedrichs/Lepsius/Mayer (1998)*: 207-233
- Müller, Walter/Pollak, Reinhard (2008): Weshalb gibt es so wenige Arbeiterkinder in Deutschlands Universitäten? In: *Becker/Lauterbach (2008)*: 303-342

- Müller, Walter/Scherer, Stefani (Hrsg.) (2003): Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen. Frankfurt a. M./New York: Campus
- Münch, Richard (2009): Das Regime des liberalen Kapitalismus – Inklusion und Exklusion im neuen Wohlfahrtsstaat, Frankfurt a. M.: Campus
- Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag
- Nollmann, Gerd (2006): Erhöht Globalisierung die Ungleichheit der Einkommen? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 58. 638-659
- Nollmann, Gerd (2009): Working Poor. Eine vergleichende Längsschnittstudie für Deutschland und die USA. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 61. 33-55
- OECD (2007): Employment Outlook 2007. Paris
- OECD (2008): Employment Outlook 2008. Paris
- Rhein, Thomas/Gartner, Hermann/Krug, Gerhard (2005): Niedriglohnsektor. Aufstiegschancen für Geringverdiener verschlechtert. In: IAB-Kurzbericht. 3
- Rössel, Jörg (2005): Plurale Sozialstrukturanalyse. Eine handlungstheoretische Rekonstruktion der Grundbegriffe der Sozialstrukturanalyse. Wiesbaden: VS
- Runciman, Walter G. (1966): Relative Deprivation and Social Justice: A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century Britain. London: Routledge & Kegan
- Schank, Thorsten/Schnabel, Claus/Stephani, Jens (2009): Geringverdiener. Wem und wie gelingt der Aufstieg? In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 229, 584-614
- Schäfer, Claus (2009): Aus der Krise in die Krise? WSI-Verteilungsbericht 2009. In: WSI-Mitteilungen. 62. 683-691
- Schäfers, Bernhard (Hrsg.) (1999): Einführung in die Gruppensoziologie. Wiesbaden: Quelle&Meyer
- Schenk, Sabine (Hrsg.) (1997): Ostdeutsche Erwerbsverläufe zwischen Kontinuität und Wandel. Opladen: Leske+Budrich
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a. M.: Campus
- Simmel, Georg (1992): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, hrsg. von Otthein Rammstedt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Solga, Heike (2005): Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen. In: Berger/Kahlert (2005): 19-38
- Solga, Heike/Wagner, Sandra (2008): Die Zurückgelassenen – die soziale Verarmung der Lernumwelt von Hauptschülerinnen und Hauptschülern. In: Becker/Lauterbach (2008): 187-215
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Streeck, Wolfgang (2009): Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy. Oxford: Oxford University Press
- Struck, Olaf/Köhler, Christoph (Hrsg.) (2004): Beschäftigungsstabilität im Wandel? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen für West- und Ostdeutschland. München: Rainer Hampp
- Struck, Olaf/Köhler, Christian/Goetzelt, Ina/Grotheer, Michael/Schröder, Tim (2006): Die Ausweitung von Instabilität? Beschäftigungsdauern und betriebliche Beschäftigungssysteme. In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik. 15. 167-180
- Struck, Olaf/Grotheer, Michael/Schröder, Tim/Köhler, Christian (2007): Instabile Beschäftigung. Neue Ergebnisse zu einer alten Kontroverse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 59. 294-317
- Sørensen, Aage B. (1983): Processes of Allocation to Open and Closed Positions in Social Structure. In: Zeitschrift für Soziologie. 12. 203-224
- Vogel, Berthold (2004): Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit. In: Mittelweg 36. 13. 36-55

- Vogel, Berthold (2009): Das Prekariat – eine neue soziale Lage? In: Castel/Dörre (2009): 197-208
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie*. 5. Aufl. (Studienausgabe): hrsg. von Johannes Winkelmann. Tübingen: Mohr Siebeck
- Windolf, Paul (Hrsg.) (2005): *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Sonderheft 45. Wiesbaden: VS
- Wirth, Heike/Lüttinger, Paul (1998): *Klassenspezifische Heiratsbeziehungen im Wandel? Die Klassenzugehörigkeit von Ehepaaren 1970 und 1993*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 50. 47-77